

ISOR aktuell

Nummer 7/2004 ★ Infopreis 0,00 Euro ★ Juli 2004

Mitteilungsblatt
der Initiativgemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Gemeinsame Tagung von Vorstand und Beirat

Wolfgang Schmidt, Mitglied des Vorstandes der ISOR e. V.

Vorstand und Beirat von ISOR e.V. trafen sich am 30.06.2004 zu ihrer planmäßigen gemeinsamen Tagung. Sie begann mit einem ehrenhaften Gedenken für den verstorbenen Rechtsanwalt Dr. Frank Osterloh (62), der sich bleibende Verdienste als mutiger und engagierter Strafverteidiger im Kampf gegen die politische Siegerjustiz erworben hat.

Horst Parton schätzte in seinem einleitenden Referat ein, dass sich der Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts unter den aktuellen Bedingungen des forcierten Sozialabbaus erheblich erschwert habe. ISOR e.V. habe sich in die Protestbewegung der Gewerkschaften und Sozialverbände eingereiht und bekenne sich zu den von Prof Dr. Azzola und Prof. Dr. Bienert als Alternative zur Agenda 2010 unterbreiteten Vorschlägen.

(GBM-Akzente 5/6-2004)

Vom Vorstand waren insgesamt ca. 600 Politiker angeschrieben worden. Mit Stand vom 30.06.04 haben insgesamt 60 Bundestagsabgeordnete und andere vom Vorstand unseres Vereins angeschriebene Politiker, darunter 10 von 16 Ministerpräsidenten der Länder geantwortet, überwiegend ohne Bereitschaft zu bekunden, über angebotene Lösungsmöglichkeiten zu diskutieren. Immer wieder wurden die »Kosten der deutschen Einheit«, die angeblich verfassungskonforme Umsetzung der Urteile von 1999 und die »TäterOpfer«-Thematik ins Spiel gebracht. Zudem zeichnet sich ab, dass vor dem noch in diesem Jahr erwarteten Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes,(BVerfG) zu den sog. E-3-Fällen keine Bewegung in der Politik zu erwarten ist. In bisher nur sechs Fällen kam es zu Gesprächen bzw. wurden solche vereinbart. Wir lassen uns dennoch nicht entmutigen und werden in unseren politischen Aktivitäten nicht nachlassen. Der Präsident des Brandenburger Landtages Dr. Knoblich gab uns nach einem Gespräch mit auf den Weg: »Macht weiter!« und wir werden ihn nicht enttäuschen.

Horst Parton bedankte sich im Namen des Vorstandes bei allen Mitgliedern, die mit eigenen Initiativen gegenüber Landesregierungen und den Abgeordneten ihrer Wahlkreise die Briefaktion des Vorstandes unterstützt haben.

Für unseren weiteren Kampf brauchen wir eine

stabile Mitgliedschaft. Dabei übersehen wir nicht, dass in den letzten sechs Monaten 553 Vereinsfreunde vermutlich aus Resignation ihren Austritt erklärt haben. Dem stehen nur 294 Neuaufnahmen gegenüber. Im gleichen Zeitraum sind 250 Vereinsfreunde verstorben. Damit ist unsere Mitgliederzahl gering gesunken. Die TIG-Vorstände und alle Mitglieder stehen deshalb vor der Aufgabe der Stabilisierung des Mitgliederbestandes und der Gewinnung neuer Mitglieder, vor allem aus den rentennahen Jahrgängen, große Aufmerksamkeit zu widmen. Das gilt besonders auch angesichts der satzungsgemäß in 1½ Jahren anstehenden Neuwahlen in unserem Verein.

Am 10.Juni 2004 verstarb unser aller Freund und Genosse, Rechtsanwalt
Dr.jur. Frank Osterloh.

Vorstand und Beirat der ISOR e.V. bekunden ihre Betroffenheit und Trauer. Dr.Frank Osterloh bleibt in unserem Denken unvergessen als Kämpfer gegen politisches Unrecht und Willkür.

Wolfgang Edelmann referierte zu aktuellen Problemen des juristischen Kampfes von ISOR e.V. Er verwies zunächst auf einige interessante Aspekte der von dem sachlich zuständigen Ressort des Bundessozialministeriums erarbeiteten, insgesamt abschlägigen Antwort auf das Schreiben des Vorstandes. Danach soll noch im Sommer 2004 die E-3-Entscheidung des BVerfG veröffentlicht werden. Noch in diesem Jahr soll auch das Gesetzgebungsverfahren zum Dienstbeschädigten-Recht in Gang gesetzt werden. Ansonsten wolle man die Vorlagebeschlüsse zu § 7 AAÜG abwarten.

Uns ist bisher nur der durch ein Musterverfahren von ISOR e. V. am 26.04.2004 ausgelöste Vorlagebeschluss der 18. Kammer des Sozialgerichtes Berlin bekannt. (Der Vorlagebeschluss wurde am 01.07.2004 an das BVerfG abgesandt und dem Rechtsanwaltsbüro zugestellt.) Die Analyse des jetzt schriftlich vorliegenden Urteils des Bundessozialgerichtes (BSG) vom 29.01.2004 in einem von Rechtsanwalt Dr. Helmers im Auftrag der »Initiative gerechte Altersversorgung« (IGA) vertretenen Sprungrevisions-Verfahren bestätigt die in ISOR-aktuell 2/2004 vorgenommene Einschätzung. Das BSG

Wichtig !

Nach Redaktionsschluß erreichte uns folgende Meldung:

Das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat die noch bestehende Entgeltkürzung für Angehörige von Zusatz- und Sonderversorgungssystemen (E3-Fälle) für verfassungswidrig erklärt. Es hat den Gesetzgeber verpflichtet, bis 30.06.2005 eine verfassungskonforme Regelung zu treffen.

Die zuständige Kammer des 1. Senats des BVerfG hat beschlossen, die erste Verfassungsbeschwerde zu § 7 AAÜG (Entgeltkürzung für MFS- Angehörige) zur Entscheidung nicht anzunehmen. Es liege noch keine sachlich und zeitlich umfassende, auf der Grundlage neuerer Erkenntnisse erarbeitete Analyse des Besoldungs- und Versorgungssystems des MFS/AfNS vor. Daraus kann man schließen, dass die Analyse über die bisher vorliegenden Gutachten hinaus fortzuführen ist.

Nach Zugang der schriftlichen Entscheidungen des BVerfG erfolgen in ISOR aktuell weitere Informationen.

ist danach nicht bereit, seine seit 1995 vertretene Linie zu verlassen und beruft sich dabei teilweise auf eine einseitige und überdehnte Auslegung des Urteils des BVerfG von 1999. Vorstand und Beirat beschlossen einstimmig, einer Bitte der IGA zu entsprechen und ein Gutachten der bekannten Brandenburger Verfassungsrechtlerin Prof. Dr. Rosemarie Will solidarisch mit zu finanzieren.

Dieses, ISOR e.V. vorliegende Gutachten unterstützt die nach dem Urteil des BSG vom 29.01.2004 notwendige Verfassungsbeschwerde. Nach Musterverfahren von ISOR e.V. wurden bisher insgesamt 10 Verfassungsbeschwerden beim BVerfG eingereicht. Weitere Verfassungsbeschwerden zu § 7 AAÜG sollen nur noch gegen Rentenbescheide eingereicht werden.

Am 08.06.2004 entschied das BSG abschlägig zu einem die Dynamisierung der Rentenbeiträge (Rentenwert Ost statt West) betreffenden Musterverfahren von ISOR e.V. Nach der Auffertigung des Urteils soll in diesem Fall ebenfalls Verfassungsbeschwerde beim BVerfG eingereicht werden.

Wolfgang Edelmann informierte, dass die Wehrbereichsverwaltungen zu allen Widersprüchen bezüglich des Dienstbeschädigten-Ausgleichs für ehemalige NVA-Angehörige Bescheide erteilt haben. (Dagegen muß innerhalb eines Monats Rechtsmittel eingelegt werden!) Der Vorstand beschloss, die TIG davon umgehend zu informieren und sie bei der Einreichung der Klage binnen der gesetzlichen Monatsfrist zu unterstützen. (Vgl. »AG Recht informiert« in dieser Ausgabe).

Rolf Gruner berichtete über die Fertigstellung einer umfangreichen wissenschaftlichen Studie

► Fortsetzung auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

zur Wertneutralität des Rentenrechts. Diese Studie wird im Kai Homilius Verlag Anfang September 2004 als Buch herausgegeben und ISOR-Mitgliedern zu einem Vorzugspreis angeboten werden. Sie ist als Argumentationsgrundlage gedacht, beschreibt die Entwicklung des Renten- und Sozialrechtes seit Bismarck und bietet zugleich eine Chronologie des 15-jährigen Kampfes gegen das Rentenstrafrecht. In der August-Ausgabe von ISOR-aktuell soll hierzu gesondert berichtet werden.

Willi Becker gab einen Überblick über die sich abzeichnenden Regelungen für eine Besteue-

rung der Renten ab 2005. Danach sollen Renten bis 1574,00 € einkommenssteuerfrei bleiben. Die Höherbesteuerung der darüber hinaus reichenden Rentenbeträge ist noch nicht eindeutig geklärt. ISOR-aktuell wird dazu weiter informieren. ISOR e.V. steht zu diesem Thema auch in einem engen Kontakt mit dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen im Deutschen Beamtenbund (BRH), der zu diesem Thema ausführliche und kompetente Untersuchungen vornimmt. Joachim Karlick machte darauf aufmerksam, dass der Petitionsausschuss des Bundestages die insgesamt 170.000 Unterschriften aus einer Aktion der »Volkssolidarität« zur Anglei-

chung der Renten zwischen Ost und West ad acta gelegt hat, ein erneutes Beispiel, wie es um die Demokratie in der BRD bestellt ist. Weitere Informationen dazu sind der Internet-Seite www.volksolidaritaet.de entnehmbar.

Die gemeinsame Tagung war von einer konstruktiven und lebhaften Diskussion bestimmt, an der sich insgesamt 14 Mitglieder des Vorstandes und des Beirates beteiligten. Alle Diskussionsredner bekannten sich zur Fortführung des politischen und juristischen Kampfes auf der Grundlage der dazu beschlossenen Konzeption. Die Beschlüsse dazu erfolgten durch Vorstand und Beirat einstimmig.

Motivationen ein Jahr vor der vierten Vertreterkonferenz der ISOR e.V.

Von Siegfried Felgner, Vorstandsmitglied und Landesbeauftragter für Mecklenburg-Vorpommern

Gelegentlich werde ich gefragt, wie motivierst du dich eigentlich nach nunmehr 14 Jahren aktiven Kampfes für mehr Rentengerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht. In der Regel beginne ich mit Ausführungen über den Anfang unseres Tätigwerdens 1991 und den Willen, gegen Unrecht anzugehen.

Es war die Gründung von ISOR, die mich motivierte, für andere und für mich zu kämpfen. Später dann die ersten Ergebnisse, die sich nicht nur für mich und die Familie, sondern für hunderttausende ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Kräfte positiv auswirkten, d.h. erst die Novellierungen der Gesetze, später dann die Gesetze und deren Änderungen. Zugegeben: Bis zum 2. AAÜG ÄndG benötigten wir juristisch und politisch elf Jahre langen Atem, aber gemeinsam mit den uns verbündeten Parteien, Verbänden und Organisationen und vor allem durch die Standhaftigkeit unserer Mitglieder sowie der Rechtsanwälte erreichten wir für alle, für die einen mehr, für die anderen leider nur weniger, Wesentliches an Beseitigung von Rentenunrecht.

Wie sich dies materiell-finanziell auswirkte, weiß jeder selbst, aber für mich war klar, das kann es noch nicht gewesen sein. Warum? Weil sich noch Tausende nicht nur ungerecht behandelt, sondern in der Tat durch willkürlich gekürzte Renten bestraft sehen und in ihrer persönlichen Würde gekränkt und verletzt fühlen. In diesem Sinne war und ist für mich auch die Mitarbeit in gewählten Vorständen motivierend z. B. auch die Zusammensetzung der Vorstände. Die Mitgliederbefragung und ihr Ergebnis – über 97 Prozent Zustimmung für den weiteren Kampf und 88 Prozent auch die Bereitschaft, die finanziellen Belastungen mit zu tragen – bestärkten mich.

Auch die Mitglieder, die zu dieser Zeit bereits vom Rentenunrecht befreit waren, erklärten

sich mehrheitlich bereit, weiter mit zu kämpfen. Daraufhin fasste die Vertreterkonferenz 2001 die Beschlüsse, auf deren Grundlage unser heutiger Kampf begründet ist. Dies ist wichtig, niemand hat uns versprochen, dass diese Etappe kurz sein wird und den Erfolg garantiert. Im Gegenteil, erneut ein langer schwerer Zeitraum wurde prognostiziert.

Motivierend war diese Entscheidung für mich in meinem Alter und nach einer Operation allemal. Was aber ist jetzt? Nun befinden wir uns wieder in den Mühen der Ebene inmitten einer Aufbauphase, in der es uns gelingen muss, politische und juristische Hürden zu überwinden. Gemeint ist, die Politiker und die Richter aller Ebenen mit unseren Argumenten zu konfrontieren und sie zu überzeugen, unsere berechtigten Forderungen zu akzeptieren.

Für mich weiter motivierend ist, dass ich der Justiz in Deutschland noch – was unser juristisches Vorgehen bzw. Begehren betrifft – vertraue, weil eben ein negativ abschließendes Urteil, zum Beispiel durch das Bundesverfassungsgericht, noch nicht gesprochen ist. Darüber hinaus habe ich in dem langen sozialpolitischen Kampf, gerade in Mecklenburg-Vorpommern, Politiker bis hin zu Bundestagsabgeordneten kennen gelernt, die unserem gerechten Kampf aufgeschlossen bis unterstützend gegenüberstehen. Dass dies erreicht wurde, daran haben Tausende Mitglieder im Land und auch mit uns Verbündete ihren Anteil. Jahr für Jahr haben wir die Politiker immer wieder mit Briefen, Petitionen und in Versammlungen mit unserer Befindlichkeit und den Forderungen konfrontiert. Viele persönliche Gespräche waren letzten Endes zielführend. Namen kennen Sie alle. Es sind Ministerinnen, Minister, Abgeordnete in Bundestag und Landtag, wie auch aus Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern. Auch jetzt im Frühjahr 2004, ein Jahr vor unse-

rer nächsten Vertreterkonferenz und nach der gescheiterten Bundesratsinitiative 2003, lassen wir nicht locker.

Wer aber ist wir? Eine gute Frage. Überlegen sollten wir an dieser Stelle schon einmal. Bei den gegenwärtigen Gesprächen mit den Landesvorsitzenden der PDS und der SPD, Ritter und Dr. Backhaus zum Beispiel, sowie bei den noch bevorstehenden Gesprächen mit Fraktionsvorsitzenden des Landtages ist es hilfreich, die Solidarität und das Zusammenstehen der Mitgliedschaft hinter sich zu wissen. Gewisse Erscheinungen der Entsolidarisierung sind da fehl am Platze. Allerdings, mit den Problemen Pessimismus und Zweifel unter anderem sowie deren Ursachen, sollten wir uns im Verein ernsthaft beschäftigen; sie könnten auch in unseren eigenen Schwächen liegen. Was wir immer wieder benötigen, sind auch kleinste Erfolgsergebnisse. Diese kann man sich zum Beispiel auch bei Gesprächen mit Abgeordneten und anderen Politikern erarbeiten, denn gerade dazu ist ein jahrelanger Nachholbedarf in allen neuen Ländern vorhanden. Man sollte es einfach tun, was nicht heißen soll, dass es einfach ist. Insgesamt aber ist die gegenwärtige Situation ein Jahr vor der Vertreterkonferenz so schlecht nicht. Gespannt verfolgen wir die Briefaktion des Vorstandes und die Antworten der Politiker in Zeiten großer und kleiner Wahlen bis 2006. Natürlich muss weiteres auf der Grundlage unserer politischen Konzeption folgen, zumal nach diesen Wahlergebnissen bei den Europa- und Kommunalwahlen im Juni 2004. Nach einer gründlichen Bewertung vor Ort und im Vorstand sollten dann entsprechende Schritte und Maßnahmen bis zur Bundestagswahl 2006 eingeleitet und in den Ländern durchgesetzt werden.

► Fortsetzung auf Seite 5

Gerichtsreport

RA Benno Bleiberg und Mark Schippert: BSG hält an Dynamisierung West fest

Am 8. Juni 2004 hat das Bundessozialgericht erneut entschieden, die Dynamisierung von besitzgeschützten Beträgen der Versorgungsleistungen¹⁾ nur nach der Rentenanpassung West sei richtig. Verhandelt wurde die vom Sozialgericht Schwerin zugelassene Sprungrevision eines ehemaligen Angehörigen der NVA mit einem besitzgeschützten Betrag in Höhe von 2.010 DM. Die Abweisung der Revision war zu erwarten.

Das Bundesverfassungsgericht hatte am 28. April 1999 entschieden, die nach dem Einigungsvertrag besitzgeschützten Beträge der Versorgungsleistungen müssten ab 1. Januar 1992 dynamisiert werden, damit der Abstand ihres Wertes zu dem Wert der Rente eines Rentners der Sozialversicherung und FZR erhalten bleibt. Wenigstens sei jedoch der durch die Versorgungsleistung gesicherte Lebensstandard erhalten.

Schon drei Monate danach hatte sich das Bundessozialgericht beeilt, am 3. August 1999 zu entscheiden, die Dynamisierung sei nach der Rentenentwicklung im Westen und nicht nach der im Osten vorzunehmen. Dieser Entscheidung ist der Gesetzgeber mit dem 2. AAÜG bereitwillig gefolgt, konnte er doch vor allem Geld sparen. Mit Urteilen am 31. Juli 2002 hat das Bundessozialgericht diese Weisheit des Gesetzgebers selbstverständlich bestätigt.

Wir sind uns mit den Betroffenen einig, die Dynamisierung West entspricht nicht dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Deshalb werden wir Verfassungsbeschwerde führen, damit das Bundesverfassungsgericht erneut entscheiden kann. Prof. Azzola wird uns, wie schon bei der Klage und Revision, unterstützen.

Rechtsanwalt Schippert hat in der mündlichen Verhandlung vor dem Bundessozialgericht

noch einmal erklärt: Das Bundesverfassungsgericht hatte festgestellt, die Versorgungsleistung des damaligen Beschwerdeführers war das 8-fache einer Durchschnittsrente wert. Ein Rentner der Sozialversicherung und FZR kann aber nur höchstens das 1,8-fache einer Durchschnittsrente erreichen. Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, dieser Abstand sei durch Art. 14 Grundgesetz geschützt und müsse erhalten bleiben. Die Versorgungsleistung unseres Mandanten war das 3-fache einer Durchschnittsrente wert. Durch die Dynamisierung West ist er seit Juli 1995 auf eine Rentenleistung zurückgeworfen, die nur noch dem 1,4-fachen einer Durchschnittsrente wert ist. So hoch ist nämlich seine nach seinem Versicherungsverlauf und aufgrund seines Entgeltsbescheides errechnete SGB VI-Rente. Diese Rente wird selbstverständlich nach der Anpassungsrate Ost dynamisiert.

Die Abwertung ist zustande gekommen, weil vom Januar 1992 bis zum Juli 1995 die Inflationsrate im Osten deutlich höher war als im Westen. Im Osten betrug sie in diesem Zeitraum 30 Prozent, im Westen nur zwölf Prozent. Jeder hat die Preiserhöhungen vor allem bei Mieten, Tarifen, aber auch im Supermarkt und an der Tankstelle erlebt. Und jeder musste zahlen. Die gleichzeitige Rentenerhöhung hat im Westen mit knapp zwölf Prozent den Lebensstandard fast erhalten. Im Osten lag die Rentenerhöhung in dieser Zeit bei rund 50 Prozent. Das hat sogar den Lebensstandard der Rentner etwas erhöht. Aber durch die Dynamisierung West ist der durch einen besitzgeschützten Betrag gesicherte Lebensstandard trotzdem nicht erhalten geblieben, sondern gesunken.

Das Urteil des Bundessozialgerichts liegt noch nicht vor. Aus dem Verlauf der mündlichen Ver-

handlung und dem Pressebericht dürfte das Gericht seine Entscheidung wie folgt begründen: Die Versorgungsleistung sei keine Rentenleistung. Der Einigungsvertrag habe hier keine Wahrung oder gar Erhöhung des Lebensstandards, wie bei Renten, zugesagt. Würde man die besitzgeschützten Beträge besser dynamisieren, so liefe dies darauf hinaus, diese besonderen Versorgungsleistungen zu erhalten, die nach dem Einigungsvertrag gerade abzuschaffen waren, was auch das Bundesverfassungsgericht als mit der Verfassung vereinbar angesehen hat (sogenannte Systementscheidung). Es komme also nur auf die Erhaltung des Lebensstandards an, den eine Versorgungsleistung nach gesamtdeutschen Verhältnissen ermöglicht hätte. Rein rechnerisch hat die Inflationsrate in dieser Hinsicht bis 1995 tatsächlich nur knapp 15 Prozent betragen.

Nun muss das Bundesverfassungsgericht erneut entscheiden. Nach dem Zugang des schriftlichen Urteils des Bundessozialgerichts werden wir Verfassungsbeschwerde erheben. Wir sind bestrebt, alle grundsätzlich gleichen Verfahren wegen der schlechten Dynamisierung weiterhin ruhen zu lassen. Hier ist es nicht wie in den Verfahren wegen der Kürzung auf 1,0 Entgeltpunkte für MfS-Angehörige nötig, verschiedene Lebensarbeitsleistungen dem Bundesverfassungsgericht bekannt zu machen. Wir halten an dem Grundsatz fest, das Bundesverfassungsgericht soll nicht unnötig belastet werden.

¹⁾ Der besitzgeschützte Betrag der Versorgungsleistung ist der Rentenbetrag, welcher nach der jeweiligen Versorgungsordnung am 1. Juli 1990 gezahlt wurde oder zu zahlen war und zusteht, wenn die Rente bis zum 30. Juni 1995 begonnen hat.)



Aus unseren TIG

Es ist eine gute Tradition in der TIG Aschersleben/Staßfurt, kulturelle Aktivitäten zu organisieren. So fahren wir jährlich zweimal zu bekannten Ausflugszielen in der näheren Umgebung und beenden dies immer mit einem gemeinsamen Abendessen und geselligem Beisammensein. Skatnachmittage, in der Regel vier im Jahr, ergänzen unsere Bemühungen, etwas für unsere Mitglieder zu tun, um den Zusammenhalt zu festigen. Auch eine reine Tanzveranstaltung stand schon auf dem Programm und wurde gut angenommen. Aber nun sollte

im Jahr 2004 ein absoluter Höhepunkt geschaffen werden, und er wurde es.

Der Vorstand unserer TIG beschloss, auf Vorschlag des Vorsitzenden der TIG den »Ernst-Busch-Chor« nach Aschersleben einzuladen. Es gelang uns, das Vorhaben zu realisieren. So kam es am 26.05.04 in Aschersleben zu einer kulturellen Veranstaltung, die emotional noch lange bei den 173 Teilnehmern nachwirken wird. Herzerfrischend und mit Leidenschaft wurde das Programm dargeboten. Der Funke sprang sofort auf die Teilnehmer über, und so

wurde es für beide Seiten ein wahres Erlebnis. Mit Liedern von Ernst Busch, deutschen und internationalen Arbeiter- und Volksliedern wurde ein Programm gestaltet, welches den Zuhörern zu Herzen ging. Die Teilnehmer der TIG's Aschersleben/Staßfurt, Quedlinburg und Bernburg, die Freunde der VS und die Genossen der PDS danken auf diesem Wege dem »Ernst-Busch-Chor« und wünschen den Mitgliedern Gesundheit und dem Chor weitere künstlerische Erfolge.

Horst Lippert

★
Vollversammlung der TIG Jena am 5. Juni 2004 mit Sahra Wagenknecht Der Zeitpunkt war nicht zufällig gewählt. Vor dem Wahlma-

rathon wollten wir uns noch einmal einen Überblick verschaffen und mit einer prominenten Politikerin diskutieren. Das Mitglied des Bundesvorstandes der PDS Sahara Wagenknecht ist unserer Einladung gerne gefolgt, ist sie doch mit unserer Stadt eng verbunden. Da unsere Veranstaltung für Gäste offen war, konnten wir mit Vertretern von BRH, dem DBwV-Kameradschaft Jena, weiteren Vertretern des öffentlichen Lebens und Freunden der ISOR Gera, den Ausführungen der Referentin folgen. Im Zusammenhang mit dem Entwurf der Europäischen Verfassung machte Sahara Wagenknecht deutlich, dass es besonders darauf ankommt, eine Militarisierung und ein Europa der Aufrüstung zu verhindern. Sie fand bei allen Anwesenden Zustimmung, daß das künftige Europa vor allem eine Vereinigung europäischer Länder werden muß, in denen die sozialen Probleme der Menschen im Interesse der breiten Masse gelöst werden. Nur so könne man auch in Deutschland die heranreiften Probleme der Alterssicherung lösen. Dabei hob sie besonders das nach wie vor nicht vollständig gelöste Problem der Strafrenten hervor und versicherte, daß die PDS mit ihren Möglichkeiten auch weiterhin für Rentengerechtigkeit für alle eintreten wird. Sie begründete, daß auch in Deutschland, wie in einigen anderen europäischen Ländern, eine Volksabstimmung über die Verfassung durchgeführt werden sollte.

Gerhard Nickerlein



Zu einer gemeinsamen Veranstaltung trafen sich Ende Juni Mitglieder des BRH-Ortsverbandes und der TIG **Prenzlau** im gastlichen Haus der uckermärkischen Kreisstadt. Der Einladung beider Vorstände war Irene Wolf-Molorcus, die Vorsitzende der PDS in der Uckermark und Abgeordnete des Landtages Brandenburg, gefolgt. Für diesen kandidiert sie erneut. TIG-Vorsitzender Hans-Joachim Möllenbergs, der die Unterstützung der PDS als einziger Partei bei der Herbeiführung von Rentengerechtigkeit hervorhob, mahnte zugleich auch ein schnelleres Tempo bei der Angleichung der Renten Ost-West an. Die Landtagsabgeordnete unterstützte eindringlich die Initiativen zum Kapitel Rentengerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit, wofür sich die PDS mit Nachdruck engagierte, verlange auch in dieser Beziehung, nicht nachzulassen, meinte sie.

Benno Butschalowski



Wie angekündigt, (vgl. ISOR aktuell 6/04, S. 4) organisierte der Vorstand der TIG **Greifswald** gemeinsam mit den Ortsgruppen des DBwV und des BRH am 9. Juni 2004 eine Veranstaltung zu den EU- und Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern. Es war das erste Mal, dass auch Vertreter des BRH bei einem derartigen Anlass mit uns am Tische saßen.

eingeladen waren H. Kuessner, ehemaliger Präsident des Landtages Mecklenburg-Vorpommern und nunmehriger Kandidat der SPD für die Bürgerschaft in Greifswald, Dr. G. Barthels, MdL (PDS) und gleichfalls Kandidat für die Bürgerschaft, sowie der bisherige und inzwischen erneut bestätigte Europa-Abgeordnete Prof. A. Gomolka (CDU), der jedoch aus terminlichen Gründen absagen musste.

Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, die sowohl auf kommunale Probleme als auch auf soziale Fragen, insbesondere auf Rentenkürzungen, Rentenungerechtigkeiten für Ostdeutsche und Abbau der Leistungen im Gesundheitswesen gerichtet waren. Aber auch neue Aspekte im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung, der neuen EU-Verfassung und deren gefährliche Tendenzen zur Militarisierung kamen zur Sprache.

Dr. Barthels verwies in diesem Zusammenhang auf die wachsende Bedeutung zukünftiger Beschlüsse der EU für Ostdeutschland u. a. am Beispiel der Fördermittel für den Städtebau in Mecklenburg-Vorpommern. Gleichzeitig machte er auf die oft unterschätzte Wirksamkeit von außerparlamentarischen Aktionen,

wie z. B. Demonstrationen und anderen öffentlich wirksamen Protestformen auf die Meinungsbildung der Politiker aufmerksam, was sicher auch für unseren Kampf gegen Rentenstrafrecht und Rentenungerechtigkeiten gelten kann.

Dazu sei angemerkt, dass aus unserer TIG fünf Freunde am 3. April an der Großdemonstration in Berlin gegen Sozialabbau mit eigenem Transparent teilgenommen haben.

Insgesamt konnte der Vorstand der TIG einschätzen, dass die Veranstaltung ein gelungener Versuch war, die Verbindungen zwischen den sozial engagierten Vereinen ISOR, BRH und DBwV zu entwickeln und dass eine ähnliche Zusammenkunft in absehbarer Zeit wiederholt werden sollte. Die rege Teilnahme unserer Mitglieder an diesem Meeting bewies darüber hinaus, dass Resignation und politische Abstinenz nicht die bestimmende Tendenz in unserer TIG bilden, sondern dass eine ganze Anzahl von Freunden bereit ist, sich im Kampf unserer Solidargemeinschaft für soziale Gerechtigkeit und für die endgültige Abschaffung des Rentenstrafrechts zu engagieren.

Dr. Walter Schelske

✉ Aus der Postmappe

In ISOR aktuell 6/04 hat der Freund S. Mikut auf Äußerungen des Thüringer Ministerpräsidenten Althaus gegenüber der Neuen Osnabrücker Zeitung hingewiesen.

Mir scheint, hier findet eine konzertierte Aktion statt. Am 10.01.04 war in der »Mitteldeutschen Zeitung« zu lesen, dass Sozialminister Kley (Sachsen-Anhalt) in Übereinstimmung mit seinen Kollegen aus Sachsen und Thüringen geäußert hat, dass die Opfer der politischen Verfolgung in der DDR eine Pension bekommen sollen (siehe auch die Aktivitäten vom MdB Nooke). Betroffene müssten mit einer Mindestrente auskommen, wogegen systemnahe Amtsträger der DDR jährlich(!) eine dreistellige Millionensumme an Rentennachzahlungen bekämen.

Dies nahm ich zum Anlass, um Herrn Kley zu schreiben. Ich teilte ihm mit, dass es ihm natürlich unbenommen bleibt, o. g. gesetzlich zu regeln, aber dann bitte für alle Opfer, auch die der politischen Verfolgung in der BRD (alt) in den 50er und 60er Jahren. Ansonsten würde neues Unrecht geschaffen. Herrn Kley habe ich bzgl. der Rentennachzahlungen erklärt, dass er wissentlich die Unwahrheit verbreitet. Bekanntlich gab es eine einmalige Nachzahlung nach dem Urteil des BVerfG vom April 1999. Dies auch deshalb, da einerseits die Regierungen Kohl und Schröder zuvor in ihrer Politik das Grundgesetz negiert haben und andererseits die Rentenansprüche rechtmäßig erworben wurden. Am Thema vorbei ging die arrogante Antwort der persönlichen Referentin des Ministers. Zu

den inhaltlichen Problemen kein Wort. Meine Entgegnung blieb ohne Antwort. Deshalb führte ich nach angemessener Zeit Beschwerde beim Ministerpräsidenten Böhmer über diese Ignoranz. Nun mehr eine Antwort des Leiters des Büros des Ministerpräsidenten. Darin wird mitgeteilt, dass die Gesamtausgaben nach dem AAÜG mittlerweile 5 v. Hundert der Ausgaben der Länder ausmachen. Schließlich seien die Vorgaben des BVerfG mit dem 2. AAÜG-ÄndG umgesetzt worden. Wörtlich: »Die Landesregierung ist der Auffassung, dass die heute noch auftretenden Probleme durch die vom BVerfG nicht beanstandete Systementscheidung, nach der die Sonder- und Zusatzversorgungen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung zu überführen waren, vorgeprägt sind. Diese Probleme können nicht abschließend innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung gelöst werden.«

Schließlich erfolgt eine Schilderung zu Gesetzesentwürfen der CDU/CSU und der FDP. Die Landesregierung will sich nach Ablehnung dieser Gesetzesentwürfe weiter für die Verbesserung der Situation ehemaliger politischer Häftlinge im Beitrittsgebiet einsetzen und hat am 18.05.04 beschlossen, gemeinsam mit Sachsen und Thüringen eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen.

Auch diese Antwort ist meiner Fragestellung nicht gerecht geworden, umgeht die eigentlichen Probleme, zeigt Erklärungsnoten und dokumentiert die hinreichend bekannte ablehnende Haltung der Landesregierung zur sozialen Gerechtigkeit.

Karl Rehbaum, Eisleben

Der Leiter der Kundschaftergruppe für den Frieden, Dieter Popp, stellte uns ein Schreiben zur Thematik Kundschafter des Friedens zur Verfügung, welches er von Oberstaatsanwalt a. D. Dr. Dietrich Kuhlbrodt erhalten hat.

Dieser schreibt:

Kundschafter im Westen

2003 traf ich einen Kundschafter des Friedens, einen ehemaligen, der nach dem Beitritt wie ein Schwerkrimineller bestraft worden war. Kundschafter des Friedens? Im Westen war die Bezeichnung unbekannt. Und ich war in Hamburg dreißig Jahre Staatsanwalt gewesen, davon zwanzig Jahre als Verfolger von Naziver-

brechen. In der Hauptabteilung Politik, unterteilt in alte Politik (Nazis) und neue Politik (Kommunisten). Nach dem Beitritt hatte ich von den Prozessen gehört. Auch hatte ich mich gewundert, daß Ostagenten verurteilt und Westagenten belobigt wurden. Aber das blieb für mich eine juristische Problematik – ein Verstoß gegen das Menschenrecht der Gleichbehandlung (Art. 3 Grundgesetz). Und der Verein der Kundschafter des Friedens erschien mir, wieder juristisch gesehen, als Interessenvertretung von Prozeßgeschädigten. Was er sicherlich ist. Aber der Blick auf die vielen Menschen unterschiedlichster Art, die dahinter stehen, wurde mir in diesem Jahr erstmals durch das Buch –

Kundschafter im Westen – geöffnet. Die juristische Brille war abgesetzt. Das Gewissen regte sich. Und ich nahm Anteil. Das Buch liest sich mit heißem Kopf. Die Menschen, die von ihrem Kundschafterleben schreiben, haben ihren eigenen Stil und ihre individuelle Sprache. Das Buch ist nicht auf Linie gebracht. Es läßt den Kundschaftern die Persönlichkeit, mal mehr, manchmal auch weniger sympathisch. Das Buch regt auf. Die Lektüre wird bis zum Schluß immer spannender. Es legt sich nicht leicht aus der Hand. Die Anteilnahme bleibt.

**Dr. Dietrich Kuhlbrodt,
Hamburg, 02.05.04,
Oberstaatsanwalt a.D.**

► Fortsetzung von Seite 2

Juristisch folgt nun unseren eigenen zehn Vorlagen eine Richtervorlage zum Bundesverfassungsgericht; und wir erwarten demnächst eine hoffentlich positive E-3-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. 11.000 eingereichte Klagen ruhen bei den Gerichten in allen neuen Bundesländern. Auch die guten Ergebnisse bei der Sicherung des politischen und ju-

ristisch bisher Erreichten können uns optimistisch stimmen. Natürlich ist mir bewusst, dass dieser nicht vollständigen Situationsbeschreibung unseres Vereins unter anderem die schlechte Stimmung im Land, der Vertrauensverlust gegenüber der Politik und die miserable Kassenlage, hauptsächlich mit verursacht durch die hohe Arbeitslosigkeit und den radikalen und ungerecht verteilten Sozialabbau, dem entgegenstehen. Wir werden trotzdem

optimistisch unseren gerechten Kampf verstärken und fortsetzen, bis der Letzte vom Rentenstrafrecht befreit ist. Die entsprechenden Führungsdokumente und Konzeptionen des Vorstandes, über die alle TIG verfügen, sind wertvolle Hilfe und Anleitung. Sie sollten weiter bis zur Vertreterversammlung 2005 schöpferisch umgesetzt werden.

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:

zum 95. Geburtstag:

Emilie Kraus, Bln.-Marzahn

Dora Körner, Dresden

Erika Wagner, Leipzig

Günther Frost, Bln.-Hellersdorf

Karl Gerhardt, Leipzig

Margot German, Suhl

Elfriede Greiner, Leipzig

Theo Gregori, Bln.-Friedrichsfelde

Helmut Grosser, Potsdam

Lothar Gruhn, Chemnitz

Heinz Heldt, Wolgast

Rudolf Heller, Plauen

Hans Herder, Bln.-Hohenschönhausen

Dieter Hiller, Leipzig

Sigrid Hoffmeyer, Magdeburg

Charlotte Horn, Bln.-Lichtenberg

Manfred Hummitzsch,

Bln.-Hellersdorf

Hans Hunscha, Sellin

Horst Janßen, Bln.-Hohenschönhausen

Heinrich Jendro, Bln.-Köpenick

Erwin Kardeckewitz, Schwerin

Ernst Klement, Michendorf

Gerhard Klose, Bln.-Mitte

Erich Knabe, Potsdam-West

Elisabeth Krämer, Meiningen

Heinz Kramm, Bln.-Lichtenberg

Irene Küchler, Erkner

Hermann Kühnel, Chemnitz

Erwin Kuhnhert, Schönebeck/Calbe

Fritz Labjon, Karlshagen

Ingeborg Lehmann,

Bln.-Lichtenberg

Ruth Lehmann, Bln.-Marzahn

Erich Lissel, Dresden

Konrad Lohmann,

Bln.-Lichtenberg

Heribert Lühr, Erfurt

Karlheinz Martin, Potsdam

Kurt Mazak, Bln.-Mitte

Rita Metag, Cottbus

zum 92. Geburtstag:

Elli Wagner, Chemnitz

zum 91. Geburtstag

Klara Gückel, Cottbus

Franz Wallitschke,

Bln.-Prenzlauer Berg

zum 90. Geburtstag

Erich Schachtschabel, Gera

Horst Schwarz, Bln.-Friedrichsf.

Ilse Sonntag, Glauchau

zum 89. Geburtstag:

Walter Prill, Stralsund

Irene Rath, Aschersleben

Walter Regel, Bln.-Hellersdorf

Werner Schlie, Bln.-Köpenick

Max Weigel, Bln.-Hohenschönhausen

zum 88. Geburtstag:

Erich Mulansky, Bln.-Pankow

zum 87. Geburtstag:

Paula Eisermann,

Bln.-Friedrichshain

zum 86. Geburtstag:

Gerhard Mischnik, Bln.-Pankow

Fritz Wegehaupt, Gera

zum 85. Geburtstag:

Elda Clemens, Bln.-Friedrichsf.

Helmut Griebner, Bln.-Prenzl. Berg

Paul Hebold, Löbau

Edith Müller, Löbau

Manfred Müller,

Königs Wusterh.

Werner Münch, Bln.-Lichtenberg

Hildegard Nettusch,

Potsdam-Babelsberg

Horst Nicht, Jena

Margot Noa, Merseburg

Karl-Heinz Plätzsch, Deltzsch

Rita Putz, Bln.-Hellersdorf

Hannelore Raschke, Erfurt

Martha Rosulek, Bln.-Hellersdorf

Helmut Roth, Potsdam-West

Thea Schilling, Pößneck

Siegfried Schlenker, Olbernhau

Edmund Schmidt, Chemnitz

Gerd Schmidt, Neustrelitz

Franz Schmilas, Bln.-Pankow

Heinz Schröder, Schwerin

Günter Schulz, Potsdam

Rolf Schütz, Bln.-Friedrichsfelde

Willi Schwertfeger,

Bln.-Friedrichsh.

Brigitta Sens, Bln.-Friedrichsfelde

Ursula Simon, Halle

Ingeborg Skambraks,

Strausberg

Hans Stahl, Saalfeld

Katja Stuchly, Leipzig

Harald Swensson, Cottbus

Gerda Tunnat, Bln.-Treptow

Helene Wäckerle, Frankfurt/Oder

Werner Wehofsky,

Bln.-Hohenschönh.

Helfried Weiß, Bln.-Köpenick

Dr. Gisela Winkler,

Bln.-Friedrichsf.

Hans Wirrmann, Potsdam

Die AG Recht informiert:

Klagen wegen höheren Dienstbeschädigungsausgleich

Unserer Empfehlung folgend, haben viele Mitglieder höhere Beträge des Dienstbeschädigungsausgleichs beantragt (ISOR aktuell 2/04) und gegen die Ablehnung des Antrags Widerspruch eingelegt (ISOR aktuell 3/04). Jetzt hat die Wehrbereichsverwaltung in praktisch allen Fällen Widerspruchsbescheide erteilt. Dagegen muss geklagt werden und zwar innerhalb eines Monats.

Die Rechtsanwälte Bleiberg und Schippert haben sich bereit erklärt, die Vertretung auch in diesen Verfahren zu übernehmen. Um schnell handeln zu können, benötigen Sie dazu den Widerspruchsbescheid in Kopie und eine Vollmacht mit originaler Unterschrift zusammen mit der Kopie eines Bescheides, aus dem die Höhe des Körperschadens hervorgeht. Diese Unterlagen sollten sieben Tage vor Ablauf der Klagefrist dem Anwaltsbüro vorliegen. Das sind 21 Tage, gerechnet vom Datum des Widerspruchsbescheides an.

Wer diese Frist nicht sicher einhalten kann, sollte zunächst selbst bei dem im Widerspruchsbescheid genannten Sozialgericht Klage gegen diesen Bescheid schriftlich oder zur Niederschrift beim Urkundsbeamten des Gerichts erheben. Die Frist dafür beträgt einen Monat, ausgehend vom Datum des Bescheides, da der Postzugang häufig nicht sicher belegt werden kann. Eine Kopie dieser Klage ist dann ebenfalls dem Anwaltsbüro zu übersenden. Die genaue Antragstellung und Begründung erledigt das Büro.



Nachzahlung noch nicht erfolgt ?

Die BfA und die anderen Rentenversicherungsträger haben die Neuberechnung und Nachzahlung von Renten in Bezug auf 1,0 Entgeltpunkte nach dem Urteil des Bundessozialgerichts vorn 14. Mai 2003 (ISOR aktuell 8 und 11/2003, 1/2004) in der Mehrzahl der

Fälle abgeschlossen. Offen sind vor allem noch einige Fälle, die die Rentenversicherungsträger mit Hilfe ihrer Computer nicht gefunden haben. Den TIG-Vorständen und ihren AG Recht wird empfohlen, den Mitgliedern, die noch eine solche Nachzahlung erwarten können zu helfen, mit einem Antrag an den Rentenversicherungsträger (ISOR aktuell 11/2003) nochmals auf sich aufmerksam zu machen. Dabei sollte vorher genau geprüft werden, ob eine Nachzahlung für die Zeit vor dem 1. Mai 1999 tatsächlich noch nicht erfolgt ist und am 28. April 1999 nachweislich ein Widerspruchs- oder Klageverfahren gegen den Rentenbescheid noch nicht abgeschlossen war.

Von Mitglied zu Mitglied:

Die Geschäftsstelle hat »Angebote und Informationen über von ISOR-Mitgliedern betriebene Hotels, Pensionen und Ferienwohnungen« herausgegeben. Es beinhaltet Informationen zu 35 Objekten. Interessierte ISOR-Mitglieder können dieses gegen Voreinsendung der Versandkosten in Höhe von 1,00 EURO in Briefmarken bei der Geschäftsstelle bestellen. Ein Exemplar dieses Verzeichnisses liegt bei allen TIG-Vorständen vor.



Komf.FEWO-/Zi. 4 Sterne, Prospekt anf. Schleusingen/Thür. Tel.: 036841 47598 oder www.thueringen.info/ratscherer-hoehe



Aktionsbündnis »Ernst-Thälmann-Denkmal Berlin« ruft zur Teilnahme auf:

Aus Anlass der heimtückischen Ermordung Ernst Thälmanns durch die Faschisten im KZ-Buchenwald vor 60 Jahren, am 18. August 1944, findet am 21. August um 14.00 Uhr am Thälmann-Monument im Berliner Ernst-Thälmann-Park eine Würdigung des legendären deutschen Arbeiterführers statt.



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



GERHARD BECKER, Cottbus
WERNER BECKER, Bitterfeld
FRANK-MICHAEL BEUCHEL, Chemnitz
FRANK BÖTTRICH, Dresden
KURT BRANKE, Bln.-Friedrichshain
ROLF DONATH, Berlin-Treptow
DR. WOLFGANG DÜRLICH, Zesch am See
WERNER ENGELMANN, Prora
EDELTRAUD FEUSTEL, Zeulenroda
SIEGFRIED FIEDLER, Bln.-Köpenick
EDITH FISCHER, Garz
ILSE GLAWE, Grimmen
SIEGFRIED GOEDE, Cottbus
ILSE GOTSCHE, Dresden
KLAUS HANDTKE, Finsterwalde
RUDI HAUPT, Meißen
CHRISTA HERTER, Bln.-Prenzlauer Berg
PETER JAKEL, Bln.-Marzahn
WOLFGANG JEDICKE, Erfurt
WERNER KEMPE, Schöneiche
FRITZ LANGE, Leipzig
JÜRGEN LINDGRÜN, Rostock
WOLFGANG LÜDKE, Karlshagen
WERNER MÜLLER, Dranske-Starrvitz
KURT NESTLER, Bln.-Lichtenberg
DIETER PATOWSKY, Bln.-Köpenick
WALTER PENK, Bln.-Hohenschönhausen
GUNTER PERSKE, Cottbus
ERWIN POHLAND, Berlin-Mitte
BERTA PONTO, Schwedt
DORIS SCHAWALLER, Gera
ARTUR SCHELER, Berlin-Marzahn
WALTRAUD SCHENK, Bln.-Treptow
JOACHIM SCHIEBEL, Rudolstadt
KARL-HEINZ SCHILLER, Bln.-Lichtenberg
HEINZ SCHLANSTEDT, Quedlinburg
EDITH SCHMID, Jessen/Elster und Erfurt
FRANZ SCHMIDT, Jessen
ROLF SCHMIEDER, Henningsdorf
DR. HELMUT SCHULZ, Bln.-Pankow
KARL-HEINZ SCHULZ, Wolgast
KARLHEINZ STRAUBE, Leipzig
FRIEDRICH TENNER, Berlin-Mitte
SIEGFRIED TIETZE, Königs Wusterhausen
REINER TSCHACHE, Bln.-Friedrichsfelde
THEA TÜRK, Chemnitz
HORST WIEDENHAUPT, Mellensee

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 06.07.2004

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 28.07.2004

Einstellung im Internet: 3 Tage nach Redaktionssitzung.

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr